

Aus der Rede des Landesvorsitzenden Norbert Blüm auf dem Landesparteitag der CDU NRW:

„Gegen Feigheit in der Politik – für ein Bündnis der Vernunft!“

In einer engagiert vorgetragenen Rede zeigte Norbert Blüm die Versäumnisse der SPD-Landesregierung auf:

... die Musterregierung für eine Politik der Unentschiedenheit ist die nordrhein-westfälische Landesregierung. Für die Schuldfrage und das, was schiefgeht, hält sich Rau an Bonn. Das befreit ihn von anstrengender Arbeit und Selbstprüfung und bewahrt ihn vor Entscheidungen.

Ich frage: Gibt es denn ein großes kontroverses Thema, bei dem Johannes Rau schon einmal klipp und klar Position bezogen hätte? Johannes Rau ist der Prototyp des modernen Besprechers. Zu allem etwas sagen und auf nichts sich festlegen.

Ich erwarte von der nordrhein-westfälischen Regierung Entschiedenheit, und das bedeutet zweierlei:

1. daß sie entscheidet, 2. daß Entscheidungen durchgesetzt werden.

Deshalb drei Fragen:

Wie hältst Du es, Johannes Rau, mit dem Kohle-Kernenergieverbund?

Wie hältst Du es, Johannes Rau, mit der Schule, wenn sie klein, im Stadtviertel und im Dorf ist?

Wie hältst Du es, Johannes Rau, mit der Verkehrspolitik?

Seid Ihr jetzt für oder gegen den Trans-

rapid? Werden begonnene Autobahnen zu Ende gebaut oder landen sie im Grünen?

Energiepolitik

Wer aus der Kernenergie aussteigt muß den Kumpels an Rhein und Ruhr sagen, daß er die Zeichen stillegen wird. Die Kohle wird nur absatzfähig bleiben in einer Mischkalkulation mit der Kernenergie. Wir erwarten von der nordrhein-westfälischen Landesregierung Entschiedenheit — also Entscheidungen und Konsequenzen.

Schulpolitik

Wir verlangen klare Auskunft. Wollt Ihr noch die kleine Schule oder nicht? Wenn nur noch die große Gesamtschule das Muster nordrhein-westfälischer Schulpolitik ist, muß es klar gesagt werden. 1985 gab es in Nordrhein-Westfalen 1.284 voll funktionsfähige Hauptschulen. Im Schuljahr 1988/89 sind es nur noch 886. Das nenne ich Schulreform auf Schleichwegen.

Verkehrspolitik

Wie hältst Ihr es mit der Verkehrspolitik? Die Verkehrsinvestitionen sind um 22,2 Prozent vermindert worden. Wir wollen das Land nicht zubetonieren. Aber Autobahnen müssen zu Ende gebaut werden. Unvollendete Autobahnanschlüsse, wie die Netzzanschlüsse A 44, A 33, A 46, sind Monamente sozialdemokratischer Entschlußlosigkeit.

Rechtsstaat

Die Gladbecker Geiseltragödie ist das Beispiel einer organisierten Unentschlossenheit, deren Ende mit panikhafter Hektik bezahlt werden mußte. Ich frage die nordrhein-westfälische Landesregierung: Entsprach die Flucht der Geiselnehmer der Linie der nordrhein-westfälischen Rechtspolitik?

In Bremen sind die Konsequenzen aus dem Versagen gezogen worden. Nordrhein-Westfalen bleibt seiner Linie treu: Politik ohne Konsequenz, Bekenntnis zur politischen Verantwortung ohne Folgen. Dies ist eine billige Politik, weil sie sich in Rederei erschöpft. Ich fordere Herbert Schnoor auf, dem Beispiel seines Bremer Kollegen zu folgen. Ich fordere den Rücktritt des nordrhein-westfälischen Innenministers.

Europa

Ich sehe in Europa eine neue Chance — auch für die Bürger unseres Landes. Die europäische Integration ist eine große Chance. Der europäische Binnenmarkt kann eine heilsame Medizin gegen bundesdeutsche Verkrampfungen und Verkalkungen werden.

Die Wahlen

Das Thema liegt uns näher als den Sozialisten. Adenauer, De Gasperi, Schuman waren die Initiatoren der europäischen Integration. Unter Helmut Kohls Präsidentschaft ist Europa einen großen Schritt vorwärtsgekommen. Wir werden unser europäisches Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Die Kommunalwahl wird der Test unserer Verankerung im Leben Nordrhein-Westfalens sein. Bonn hat den Kommunen geholfen. Trotz Steuerreform stiegen die Steuereinnahmen der Gemeinden um

7,3 Prozent. Das ist mehr als bei Bund und Land.

In der Landtagswahl hängt es von der CDU ab, ob das Land fähig ist zum Wechsel. Mehr als 20 Jahre SPD sind genug. Die nordrhein-westfälische CDU hat für das Land viel geleistet und in Bonn für Düsseldorf gearbeitet.

Laßt Euch nicht demoskopisch in den Keller reden. Meinungsbefragungen mit Wahlentscheidungen entwickeln oft eine sich selbst erfüllende Dynamik. Deshalb propheze ich: Wir werden gewinnen.

Unser Landesparteitag im Spiegel der Presse

Die Süddeutsche Zeitung berichtet: *Blüm richtete in seiner Abschlußrede heftige Angriffe gegen den Westdeutschen Rundfunk (WDR), den er als „große Unions-Schallschluckmauer“ bezeichnete. Wenn die CDU zusammenstehe, könne sie niemand aufhalten. „Wir müssen nur die Sperrmauer WDR hinwegschießen.“*

Die Neue Rhein-Zeitung zitiert Norbert Blüm: „*Wenn ich erst Gesundheit und Rente hinter mir habe, dann Gnade dir, Johannes Rau! Mich haben schon ganz andere Leute unterschätzt... Die Pharma wollte mit mir Schlitten fahren, und jetzt sitzt sie mit kaltem Hintern im Schnee.*“

In der Kölnischen Rundschau ist zu lesen: *Entscheidend für den Ausgang der nächsten Landtagswahl und damit für den Durchbruch der CDU in diesem Bundesland wird es sein, ob es der Unionsführung gelingt, die Mandatsträger zu einem offensiven Wahlkampf aufzurütteln. So mancher Abgeordneter hat sich auf der Oppositionsbank recht gemütlich eingerichtet.*

Generalsekretär Dr. Helmut Linssen:

CDU und NRW – Das Bündnis der Vernunft

In 4 Foren beschäftigte sich der Parteitag mit zentralen Themen der Landespolitik. Im Mittelpunkt der Foren – Arbeit schaffen – Wirtschaft stärken – Umwelt schützen – Bürokratie abbauen – stand der Dialog zwischen den Parteitagsdelegierten, zwischen Fachleuten von innerhalb und außerhalb der Partei. Und wie erhofft, die Foren entwickelten sich zu Sammelstellen von Ideen für die ökonomische und ökologische Erneuerung unseres Landes.

Das reicht von veränderten Arbeitszeiten, von mehr Flexibilisierung und Individualisierung in der Arbeitswelt, über eine zupackendere Wirtschaftspolitik, eine effektivere Umweltpolitik, bis hin zum Abbau der in NRW wuchernden Bürokratie.

In den Foren wurde vor allem die Mut- und Phantasielosigkeit der nordrhein-

westfälischen Landesregierung bei der Lösung zentraler Probleme unseres Landes deutlich. Mit Abschalten, Abwarten, Aussitzen, werden keine Voraussetzungen geschaffen, den notwendigen Strukturwandel voranzutreiben.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert die Tarifvertragsparteien auf, endlich Arbeitszeiten nach den Wünschen der

Blüms Vorlage sichert Rente

Zum von Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm vorgelegten Diskussions- und Referentenentwurf zur Reform der Rentenversicherung erklärt der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler:

Norbert Blüms Vorlage sichert die leistungsbezogene Rente als einen elementaren Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stabilisieren langfristig unser Rentensystem und modernisieren es gleichzeitig. Besonders wichtig ist dabei: Die Rentenstrukturreform hat – entsprechend den Beschlüssen des CDU-Bundesausschusses vom September – mit der Anerkennung von weiteren zwei Erziehungsjahren und mit der Berücksichtigung der häuslichen Pflege eine familien- und kinderfreundliche Komponente vorgesehen und damit ein neues Kapitel in der Rentenpolitik aufgeschlagen.

Bei der parlamentarischen Beratung des von ihm vorgelegten Entwurfs kann Norbert Blüm sich auf die volle Unterstützung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands verlassen.

Arbeitnehmer zu vereinbaren, die Teilzeitarbeit aus ihrem Schattendasein herauszuholen. Freilich werden weitere Arbeitzeitflexibilisierungen an eine Verlängerung der Maschinenlaufzeiten gekoppelt sein müssen.

Die nordrhein-westfälische Wirtschaftspolitik braucht einen neuen Geist des Aufbruchs. In unser Land muß wieder jene Pioniergesinnung einziehen, die einst Nordrhein-Westfalen an die Spitze des Industriestaates Bundesrepublik

Deutschland brachte. Das verlangt eine mutige Strukturpolitik. Fehlende Autobahnanschlüsse müssen hergestellt, Flughäfen den modernen Verkehrsanforderungen entsprechend ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zwischen Groß- und Kleinbetrieben kann noch besser organisiert werden. In der Forschung muß Nordrhein-Westfalen wieder an die Spitze der Bundesrepublik Deutschland.

Das hilft auch dem Umweltschutz und ermöglicht eine effizientere Umweltpolitik. Die nordrhein-westfälische Umweltpolitik ergeht sich derzeit mehr in Ankündigungen, denn in konkreter Realisierung von Vorhaben und Projekten. Das reicht von der Abfallbeseitigung bis hin zum Problem der Abwässer. Die nordrhein-westfälische CDU erwartet gerade vom Einsatz neuer Technologien einen besseren Schutz unserer natürlichen Umwelt.

Alle aus den Foren gewonnenen Erkenntnisse und Vorschläge werden wir in nächster Zeit sorgfältig aufarbeiten und für die weitere politische Arbeit nutzen. Mit der Diskussion in den Foren, mit dieser Sammelstelle für Ideen und Initiativen hat die nordrhein-westfälische CDU einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung

ihres Parteitagsmottos geleistet. Das Bündnis der Vernunft, das wir den Bürginnen und Bürgern von Nordrhein-Westfalen anbieten, kann nur aus einem intensiven Austausch mit den Menschen in unserem Land entstehen. Wir wissen nicht alles, und nicht alles besser. Wir sind der Partner des Bürgers für eine vernünftige Politik für Nordrhein-Westfalen.

Keine Mitschnitte

Nach einem Gespräch mit Landtagspräsident Josef Denzer erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Heinz Hardt:

„Die in einigen Zeitungen geäußerte Vermutung, Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags oder Mitarbeiter der Fraktionen hätten möglicherweise Tonbandmitschnitte von nichtöffentlichen Ausschußsitzungen gefertigt, entbehrt jeder Grundlage.

Für die CDU-Landtagsfraktion erkläre ich: Weder Abgeordnete noch Mitarbeiter unserer Fraktion haben zu irgendeinem Zeitpunkt nichtöffentliche Ausschußsitzungen mitgeschnitten.

Die CDU-Landtagsfraktion bedauert, daß der Präsident des Landtags NW nicht die Kraft hat, Abgeordnete und Mitarbeiter diskriminierende Berichterstattungen zu dementieren.

Es wäre die Pflicht des Präsidenten gewesen, sich schützend vor die Abgeordneten des Landtags NW und die Mitarbeiter der Fraktionen zu stellen, zumal er selbst die Grundlage für diese Veröffentlichungen geliefert hat.“



Agrarexperte Walter Neuhaus, MdL:

CDU fordert Konsequenzen aus dem Hormonskandal

Eine „ehrliche Bestandsaufnahme“ des von Minister Matthiesen mit großem Pressewirbel ausgerufenen Hormonskandals hätte es nach Auffassung des CDU-Agrarexperten Walter Neuhaus erfordert, die wahre Dimension des Skandals ins rechte Licht zu rücken.

Neuhaus: „Bei jährlich 310 000 Kälberschlachtungen in NRW waren mit knapp 9 000 positiven Befunden drei Prozent betroffen. Von den ca. 250 Kälbermästern in NRW haben demnach mehr als 90 Prozent nicht zu verbotenen Masthilfen gegriffen.“ Diesen unschuldig betroffenen Betrieben, die durch den zusammengebrochenen Markt teilweise vor dem Ruin stünden, müsse jetzt unbürokratisch und schnell geholfen werden, forderte Neuhaus.

In keinem Fall dürfe aber nun die „Entwertung“ ausgerufen werden, erklärte Neuhaus. Die CDU-Fraktion begrüße deshalb ausdrücklich die von Matthiesen angekündigte personelle und apparative Aufstockung der staatlichen Untersuchungsämter und die angekündigten schärferen Kontrollen. Matthiesen müsse sich jedoch fragen lassen, ob diese Maßnahmen nicht um Jahre zu spät kommen.

Neuhaus: „Gravierende Verdachtsmomente gab es bereits seit Anfang des 80er Jahre.“ Moderne Geräte, die Matthiesen jetzt anschaffe, würden beispielsweise in Niedersachsen seit langem genutzt. Der CDU-Agrarexperte: „Der Schaden bei den ehrlichen Mästern ist um ein vielfaches höher, als die 3,6 Millionen Mark,

die Matthiesen jetzt für moderne Kontrollmethoden investiert.“

Neuhaus zeigte sich zuversichtlich, daß es bei der Festlegung eines höheren Strafrahmens für illegale Praktiken und bei der Normierung von flächengebundenen Bestandsobergrenzen für Mastbetriebe zu einem breiten Konsens zwischen Brüssel, Bonn und den Bundesländern komme. Der in Bonn vorgelegte Entwurf eines Strukturgesetzes für die bäuerliche Landwirtschaft lasse noch hinreichend Spielraum. Neuhaus: „Wir müssen uns aber vor Überreaktionen genauso hüten wie vor rein kosmetischen Korrekturen. Die Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen und keinen Polit-Streit.“

CDU



Linssen: SPD macht NRW zum Medienschlußlicht

Zum SPD-Forum „Medien in NRW — Impulse für Wirtschaft, Kultur und Demokratie“ erklärt der Generalsekretär der CDU NRW, Dr. Helmut Linssen:

„Im Januar 1987 hat der Landtag das Landesrundfunkgesetz verabschiedet. Heute, mehr als 20 Monate nach der Verabschiedung des Gesetzes, gibt es immer noch keinen einzigen privaten Hörfunksender in Nordrhein-Westfalen. Die vorhersehbaren Fehleinschätzungen von SPD und Landesregierung haben dafür gesorgt, daß Nordrhein-Westfalen zum Schlußlicht der Medienentwicklung in der Bundesrepublik zu werden droht.“

Es muß also wie Hohn wirken, wenn sich nunmehr die Vereinigung der Privatrundfunkverhinderer dahinstellt und über „Impulse“ philosophiert, die sie nicht gegeben hat und auch nicht geben kann. Die medienpolitische Negativbilanz der SPD wird vor allem jene Bürger und Gruppen empören, die sich mit hohem ehrenamtlichen Engagement in mehr als 40 Veranstaltergemeinschaften zusammen geschlossen haben, weil sie Programm gestalten wollen, doch bis heute konnte sich aber wegen des hohen wirtschaftlichen Risikos noch keine einzige der vom Gesetz zwingend vorgeschriebenen Betriebsgesellschaften gründen, die das Programm finanzieren soll. Nach mehr als 20 Monaten liegen nicht einmal die Verbreitungsgebiete für die Programme fest.

Die nordrhein-westfälische CDU ist trotz ihrer grundsätzlichen Bedenken gegen die unzulänglichen Regelungen des Landesrundfunkgesetzes bereit, an der Auf-

gabe, in Nordrhein-Westfalen privaten Hörfunk und privates Fernsehen zu schaffen, mitzuwirken. Um aus der Phase der Entmutigung herauszukommen, müssen jedoch umgehend folgende Initiativen ergriffen werden:

1 Die Verbreitungsgebiete für lokale Programme sind zeitgleich so festzulegen, daß ein wirtschaftlicher Betrieb lokalen Hörfunks gewährleistet ist. Es darf in keinem Fall dazu kommen, daß durch eine nicht zeitgleiche Festlegung von Verbreitungsgebieten ganze Regionen unseres Landes ausgesperrt bleiben.

2 Für den lokalen Rundfunk müssen im ganzen Land und nicht nur in Teilgebieten die sendetechnischen Voraussetzungen geschaffen werden. Hierfür sind auch Frequenzen des WDR heranzuziehen, die dieser bisher nicht oder täglich nur kurzfristig benutzt.“

Zitat

Die Bürger in Nordrhein-Westfalen können von der Politik in diesem Land mehr Mut, mehr Kreativität, mehr Initiative, mehr Phantasie verlangen. Wer glaubt, daß eine dieser Eigenschaften den Ministerpräsidenten unseres Landes zierte, der muß dann auch glauben, daß Casanova ein leuchtendes Vorbild ehelicher Treue war.

Dr. Helmut Linssen, Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen

CDU: Keine Veränderung des Mengengerüsts bei der Steinkohle

Der geschäftsführende Vorstand der CDU NRW erklärt:

- 1 Die augenblickliche Auseinandersetzung über die Zukunft der Kohle findet ohne die nordrhein-westfälische Landesregierung statt. Sie ist außerstande, zukunftsweisende Vorschläge und Konzepte zur Sicherung der heimischen Kohle vorzulegen und gefährdet überdies durch ihre ablehnende Haltung gegenüber der Kernkraft den einzigen wirklichen Rettungssanker für die heimische Kohle, den Kohle-Kernenergie-Verbund. Dieser Verbund ist die „Geschäftsgrundlage“ für die Bereitschaft der revierfernen Länder, sich an den Kosten für die heimische Kohle zu beteiligen.
- 2 Die CDU NRW erwartet von der Landesregierung ein eindeutiges Bekenntnis zum Kohle-Kernenergie-Verbund auch als Grundlage für eine Nachfolgeregelung des bestehenden Jahrhundervertrags. Erst das schafft die Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Kohlepolitik, auf die alle Betroffenen, nicht zuletzt der Bergleute, dringend angewiesen sind.
- 3 Für die CDU NRW steht eine Veränderung des Mengengerüsts, das in der Kohlerunde Ende vergangenen Jahres vereinbart wurde, nicht zur Debatte. Wer die vereinbarten Mengen nach unten korrigieren will, stößt auf den erbitterten Widerstand der nordrhein-westfälischen CDU. Was den Kumpeln in der Kohlerunde versprochen wurde, muß gehalten werden.

4 Die zusätzlichen Lasten, die durch die Verteuerung der Kohle entstanden sind, müssen von Stromerzeugern, Stromverbrauchern, von Bund und Land getragen werden. Keiner darf sich aus der Verantwortung stehlen.

JU NRW setzt sich für Transrapid ein

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen hat Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, mit der Entscheidung über den Bau einer Pilotstrecke für die Magnetschnellbahn Transrapid nicht unnötig lange zu warten.

In einem Brief an den Bundeskanzler betonte der forschungspolitische Sprecher der CDU-Nachwuchsorganisation, Josef Gochermann, daß der von Kohl kürzlich in Dortmund genannte Zeitpunkt für eine Entscheidung erst nach der Sommerpause 1989 von der JU als erheblich zu spät angesehen werde.

Bei einem so innovativen, in der Bundesrepublik entwickelten Verkehrsmittel wie der Magnetschweebahn Transrapid, dürfte man sich eine Verzögerung der Erprobung im Alltagsbetrieb nicht erlauben. Der technische Vorsprung vor Japan und den USA dürfte nicht durch eine zögerliche politische Haltung verspielt werden, so Gochermann.



Termine

15. 11. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
17. 11. 1988	19.00 Uhr	CDA Kreisverband Dortmund „Die Evangelische Kirche und die politischen Parteien“ Kolpinghaus (Auskünfte: Tel. [0231] 522952)	
21. 11. 1988	15.00 Uhr	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Pressegespräch über die gegenwärtige Deutschlandpolitik mit Dr. Herbert Hupka, Städtischer Saalbau, Huyssenallee 53 (Auskünfte: Herr Wollziefer Tel. [0211] 13600-38)	
27. 11. 1988	10.45 Uhr	CDA Nordrhein-Westfalen Gedenkfeier mit Wolfgang Vogt, MdB u. BM Prof. Rita Süssmuth, zur Familienpolitik, Kolpinghaus (Auskünfte: Herr Lindemann/ Frau Reitz, Tel. [0211] 13600-57)	Essen
29. 11. 1988	15.00 Uhr	LFA Schule und Bildung	Köln
1. 12. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
2. 12. 1988	9.00 Uhr	Landesdelegiertentagung AGRAR Nordrhein-Westfalen mit Ignaz Kiechle, BM Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Auskünfte: Tel. [0211] 13600-49)	
3. 12. 1988	10.00 Uhr	Junge Union Nordrhein-Westfalen Grundsatzforum „Der einzelne — Kleine Lebenskreise — Gesellschaft“ (Auskünfte: Herr Frieling Tel. [0211] 13600-53)	Dortmund
6. 12. 1988	14.00 Uhr	LFA Jugend und Familie	Bonn
8. 12. 1988	18.00 Uhr	Podiumsdiskussion WIV BV Ruhrgebiet „Städtische Kulturpolitik und Wirtschaftsförderung“ (Auskünfte: Tel. [0211] 13600-51)	Düsseldorf
			Dortmund